

Martin Böhm

Mitglied des Bayerischen Landtags
AfD-Fraktion

- Bundes- und europapolitischer Sprecher der Fraktion
- Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europa-Angelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Rückfragen: 0171/4433555 (MdL-Büro Coburg)
Mail: martin.boehm@afdbayern.de
Homepage: www.mdl-boehm.de

Pressemitteilung

24.09.2021

Deutscher Beitrag zum EU-Haushalt deutlich gestiegen – „Die Ausbeutung unserer Steuerzahler für die EU muss ein Ende haben!“ (Böhm)

Der deutsche EU-Beitrag ist 2021 deutlich gestiegen. Bis Ende des Jahres wird die Bundesregierung rund 38 Milliarden Euro nach Brüssel überweisen. Das sind über 19 Prozent bzw. rund 6,1 Milliarden Euro mehr als im vergangenen Jahr.

Der europapolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Martin Böhm, äußert sich dazu wie folgt:

„Deutschland ist der mit Abstand größte Nettozahler der EU: Der deutsche Steuerzahler trägt rund 25 Prozent des EU-Haushaltes. Und dieser Anteil, mit dem wir den Lebensstil der Italiener und Griechen mitfinanzieren, ist dieses Jahr sogar noch gewachsen. Denn der Austritt des zweitgrößten Nettozahlers Großbritannien führte nicht dazu, dass die EU-Bürokraten nun mit weniger Geld auskommen müssen. Stattdessen sollen die verbliebenen Zahler noch mehr berappen, um die Lücke zu schließen.“

Ein weiterer Grund ist die Corona-Krise: Die südeuropäischen Staaten waren von der Lockdown-Politik, etwa durch ihre Abhängigkeit vom Tourismus, besonders betroffen. Deshalb forderte die EU-Kommission 750 Milliarden Euro für den ‚Wiederaufbau Europas‘. Merkel stimmte natürlich zu. Diese ungeheure Summe wird nun aber vor allem für Investitionen in die ‚Klima-Neutralität‘ und ähnliche ideologische Projekte verwendet. Wir finanzieren also linksgrüne Weltverbesserungsfantasien nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen anderen Ländern.

Ich fordere die Staatsregierung auf, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass die deutschen Steuerzahler nicht immer mehr Geld für die EU zahlen müssen! Deutsche Arbeitnehmer gehen später in Rente als die Arbeiter und Angestellten in den meisten anderen Ländern Europas, und sie verfügen über weniger Ersparnisse. Kein Wunder, wenn die Regierung immer mehr Geld nach Brüssel überweist! Die Ausplünderung unseres Landes und unserer Bürger muss ein Ende haben.“